

Abschiebestopp von Roma, Ashkali und Ägyptern und Ägypterinnen in die Staaten der Balkanhalbinsel

Zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 5/5197

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon in vergangenen Debatten haben Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Ihnen zahlreiche Studien und Berichte zur Lektüre anempfohlen, in denen es um die Situation der Minderheitenangehörigen der Roma, Ashkali und Ägypter in den Balkanstaaten geht. Insbesondere gibt es, ich weiß nicht, wie viele Berichte und Studien zur Lebenssituation der Minderheitenangehörigen im Kosovo, aber das gilt selbstverständlich auch für die anderen Balkanstaaten. Ich will nur wenige der Organisationen nennen, die sich mit der Lebenssituation der Minderheitenangehörigen in diesen Staaten beschäftigen. Das sind beispielsweise der UNHCR, UNICEF, Amnesty International, aber Sie können selbstverständlich auch zahlreiche Berichte von Delegationsreisen, beispielsweise des Petitionsausschusses in Baden-Württemberg oder des Innenausschusses aus Niedersachsen oder auch hier aus Thüringen, die Berichte von Astrid Rothe-Beinlich und auch meinen eigenen Bericht über die Innenausschussreise ins Kosovo im Frühjahr letzten Jahres nachlesen. Aber natürlich, das verkennen wir nicht, ist es ja konkret aus der Fraktion der CDU angesagt worden, dass man solche Berichte nicht lesen werde. Wir haben während der Kosovo-Reise des Innenausschusses im Frühjahr auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass den von mir genannten Organisationen, mit denen wir dort auch gesprochen haben, nicht vertraut wird, im Gegenteil, ein ganz großes Misstrauen, weil es angeblich keine staatlichen Organisationen seien, sondern welche, die die Situation der betroffenen Menschen noch schlechter reden.

Deswegen, weil wir uns dessen bewusst waren, haben am 20. November die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE eine Veranstaltung hier im Landtag organisiert, in der Vertreterinnen einer Multiplikatorinnenreise der Diakonie Thüringen e.V. zu Wort gekommen sind, die auch im ersten Halbjahr, jetzt weiß ich nicht mehr genau wann, dieses Jahres, sich zur Lebenssituation der Roma in Serbien schlau gemacht haben. Wir haben, weil wir wissen, dass Sie nicht gerne Studien und Berichte lesen, zumindest ein Teil der Regierungsfractionen, Sie alle sehr herzlich per Brief, jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten persönlich eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Informationen, ohne lesen zu müssen, aus erster Hand zu bekommen. Dieser Einladung ist leider keine und keiner von Ihnen gefolgt. Lediglich ein Abgeordneter der CDU hat Interesse daran gezeigt und sich zumindest entschuldigt für seine Abwesenheit bei dieser Veranstaltung.

Ich will deswegen ein paar der Dinge, die von dieser Multiplikatorinnenreise berichtet worden sind, auch hier berichten. Die Multiplikatorinnenreise hat verschiedene Gemeinden in Serbien besucht, dort mit unterschiedlichen Organisationen, nicht nur nichtstaatlichen, nicht nur Roma-Organisationen sich unterhalten. Ich will einfach ein paar der Informationen hier an Sie weitergeben. Zum Beispiel war die Delegation in Leskovac. Dort leben etwa 7.000 Roma, das sind 10 Prozent der Bevölkerung. 70 Prozent der dort lebenden Roma sind Analphabeten. 2 Prozent der Roma-Kinder besuchen serbische Schulen, nur 2 Prozent. Das hat einen Grund, sie schaffen die Aufnahme in die Vorschule

nicht, weil der Test zur Aufnahme in die Vorschule in Serbisch durchgeführt wird. Das ist natürlich schwierig für Kinder von 70 Prozent Analphabeten, von, jetzt weiß ich die Zahl nicht, wie viel Prozent, die eben die serbische Sprache nicht sprechen, schwierig, als kleines Kind einen auf Serbisch abgehaltenen Vorschultest erfolgreich zu bestehen - ein Indiz für staatliche Diskriminierung, meine Damen und Herren.

Die meisten der Romakinder in Serbien besuchen Sonderschulen für geistig zurückgebliebene Kinder. Wenige haben das Glück, dass sie eigene, privat organisierte Schulen besuchen können, wo Eltern oder Kirche sich darum kümmern, dass die Kinder zur Schule gehen können. 99 Prozent der in Leskovac lebenden Roma sind arbeitslos. Die Delegation war auch in Bujanovac. Von den dort etwa 8.000 lebenden Roma haben nur 0,5 Prozent eine Arbeit, die anderen arbeiten schwarz zu Tagelöhnerlöhnen, am Tag, glaube ich, 6 €. Die meisten von Ihnen gehen irgendwelchen irregulären Beschäftigungen nach, die allermeisten sammeln Müll ein, das ist ihre Beschäftigung.

Es gibt in Serbien bei der medizinischen Versorgung eine nicht offiziell im Internet zu findende, aber tatsächlich für alle dort lebenden Menschen existierende Preisliste. Man muss nämlich, wenn man eine medizinische Leistung möchte, den Arzt oder die Ärztin schmieren. Es gibt je nach der Behandlungsform oder der nötigen Operation einen bestimmten Preis.

Meine Damen und Herren, wenn 99 Prozent oder über 98 Prozent der Roma, Ashkali und Ägypter arbeitslos sind, dann können Sie sich sehr gut vorstellen, welchen Zugang diese dann zu medizinischer Versorgung in Serbien haben.

Der Innenminister hat gerade einige Dinge angesprochen, die von staatlicher Seite in Kosovo oder in Serbien angeboten werden. Ich habe mir auch ein Zitat aus dieser Veranstaltung am 20. November aufgeschrieben, da hat nämlich eine der Delegationsmitglieder gesagt: „Es gibt ganz wunderbare Einrichtungen in Serbien auf dem Papier.“ Da gibt es z.B. in Serbien den Ombudsmann für Menschenrechte, auf dem Papier. Es gibt Gesundheitsmediatorinnen, die gibt es tatsächlich, aber gegen diese Preise für medizinische Leistungen unternehmen diese Mediatorinnen auch nichts. Es gibt in 30 Gemeinden in Serbien Romakoordinatoren, wie deren Arbeit „vonstatten“ geht, hat uns bei der Veranstaltung der Sohn eines solchen Koordinators geschildert, dessen Vater aufgrund eigener Diskriminierung selbst das Land verlassen hat. Der Sohn hat von systematischer Diskriminierung gesprochen und als Beispiel ein Projekt seines Vaters als Romakoordinator berichtet, der sich nämlich in dem Projekt mit der Integration von Romakindern in die Vorschule beschäftigen sollte, und ein ganz krasses Beispiel, was da erzählt wurde: Es gab am Eingang dieser Vorschule eine Krankenschwester, die nur die Romakinder untersucht hat, die diese Vorschule betreten wollten, und die hat sie nämlich weggeschickt, weil die angeblich Läuse hätten. Der Romakoordinator hat sich die Köpfe dieser Kinder selbst auch angesehen und nicht eine einzige Laus gefunden. Der Romakoordinator in dieser Gemeinde hatte über die Projektgelder noch ein bisschen Geld übrig, das wollte er in Schulbücher für Romakinder investieren. Der Gemeinderat hat das aber leider abgelehnt, es wurde Spielzeug und ein TV-Gerät für die Vorschule, in die nur 0,2 Prozent der Romakinder gehen können, gekauft.

Im Oktober 2012 haben verschiedene Romaorganisationen eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, und hier komme ich jetzt zu dem Argument des Ministers, dass so viele Asylanträge abgelehnt würden. Die Romaorganisationen schreiben, es sei „abfällig, wenn Asylanträge von Roma von vornherein als unbegründet bewertet werden. Laut Handbuch des UN-Flüchtlingswerks von 1951 zu den Prozeduren und Kriterien zur Festlegung des

Flüchtlingsstatus, das im Dezember 2011 neu aufgelegt wurde, kann Diskriminierung durchaus als Fluchtgrund gewertet werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie dazu führt, dass eine Person nur mehr begrenzt in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Daneben stellt das UN-Flüchtlingswerk auch fest, dass rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzungen darstellt und folglich bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss.“

Die Delegation der Diakonie hat uns Bilder von einer Roma-Siedlung in Serbien gezeigt, die aus selbst gebauten Häusern, Hütten an einem sehr steilen Steilhang bestand, weit außerhalb einer Stadt. Es gab dort keine Straße, es gab dort keine Müllentsorgung, es gab dort keinen Wasseranschluss. Der nächste Trinkwasseranschluss war am Fuß des Berges, die Menschen mussten mit Eimern Wasser holen gehen.

Zum Thema Müll: Es hatte dort schon mal kurzzeitig Mülltonnen gegeben, nämlich im Wahlkampf vor einer Kommunalwahl. Nach der Wahl waren dann die dort aufgestellten Mülltonnen wieder abgeholt worden, ohne dass ein Ersatz geschaffen wurde. Die Müllabfuhr funktioniert dort auch nicht.

Die serbische Regierung selbst hat eingestanden, dass 60 Prozent der Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Verhältnissen leben. 30 Prozent haben keinen Zugang zu Trinkwasser. 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Zwei Zahlen, die meines Erachtens das allerbeste Argument dagegen sind, nur besonders schutzbedürftige Personen über den Winter hier zu lassen, sind glaube ich auch von der serbischen Regierung. Sie beziehen sich nämlich auf die Lebenserwartung in Serbien. Serben in Serbien haben eine Lebenserwartung von 78 Jahren, die Lebenserwartung von Roma in Serbien sind 48 Jahre.

Da ich weiß, dass Berichte und Studien von UNICEF, Amnesty International etc. für Sie alle keine - also insbesondere für die CDU keine Autoritäten darstellen, will ich mal ein paar Autoritäten, die Sie hoffentlich anerkennen, zitieren.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Keine Diskriminierung.)

Zum Beispiel bereits im November 2011 gab es auf Initiative des Ministerkomitees im Europarat einen Bericht des Ausschusses für soziale Rechte, der über die Einhaltung der europäischen Sozialcharta wacht. Der Bericht kam damals - also voriges Jahr - zu dem Schluss, dass die vom ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy 2010 angeordneten Zwangsräumungen der Roma-Siedlungen und die Zwangsabschiebungen nach Rumänien und Bulgarien insbesondere Artikel E der Charta verletzen, der ein Diskriminierungsverbot enthält, ebenso den Artikel 31, der die Wohnrechte betrifft. Insgesamt hat der Bericht des Europarats die Zwangsräumungen und Abschiebungen als „schwere Menschenrechtsverletzungen“ gewertet. Das oberste Asylgericht in Frankreich hat im November 2011 entschieden, dass die Lebensverhältnisse der Roma in Serbien menschenunwürdig sind und ihnen deshalb ein Schutzstatus gewährt werden muss. Auch die EU-Kommission hat Ende August dieses Jahres festgestellt, dass Roma in allen Balkan-Staaten einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie bspw. dem Zugang zur Bildung, Arbeitsmarkt, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Wohnung hindert.

Eine solch umfassende Diskriminierung durch Autoritäten, die auch Sie anerkennen, meine Damen und Herren - hoffe ich zumindest - und diese soziale Ausgrenzung kann und muss unseres Erachtens zur Schutzgewährung führen, gerade auch nachdem

Bundeskanzlerin Merkel im Oktober bei der Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Sinti und Roma von der besonderen Verantwortung der Bundesrepublik und eine „Mahnung für die Zukunft“ gesprochen hatte.

Ich muss ganz kurz noch eingehen auf einen Kommentar heute in der Thüringischen Landeszeitung und den dann auch mit einem Appell verbinden. Herr Kaczmarek hat in der TLZ über die disziplinierte SPD geschrieben, dass bei vielen Themen sich derzeit vor allem die Sozialdemokraten verbiegen müssen, ich zitiere: „Aus Koalitionsrason dürfen sie in zentralen Fragen keinen aufrechten Gang wagen.“ Der Appell an die Damen und Herren in der SPD-Fraktion - werden Sie wieder gerade! Danke.